

Nicht auf fruchtbaren Boden gestoßen“

ERDVERKABELUNG Vertreter der IG „Vorsicht Hochspannung“ diskutieren in Berlin mit Politikern

DIE SPD-BUNDESTAGSABGEORDNETEN AUS NIEDERSACHSEN HATTEN ZUM GESPRÄCH EINGELADEN. ZU DEN DREI ANGEREISTEN IG-VERTRETERN GEHÖRTE AUCH HILTRAUD LINDEMANN AUS BECKSTEDT.

BECKSTEDT/BERLIN - Auf Einladung der niedersächsischen SPD-Bundestagsabgeordneten führen drei Vertreter der Interessengemeinschaft (IG) „Vorsicht Hochspannung“ – Hiltraud Lindemann aus Beckstedt sowie Jürgen Hellman und Ulrich Aumann (beide Eydelstedt) – nach Berlin, um das Energieleitungsausbaugesetz (EnLAG) zu diskutieren. Neben den SPD-Abgeordneten aus Niedersachsen nahmen Vertreter der südniedersächsischen IGs teil sowie Edelgard Bulmahn, Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses, und zwei Vertreter des Bundesumweltministeriums.

Kritikpunkte vorgetragen

Die IG „Vorsicht Hochspannung“ brachte während der Gesprächsrunde ihre Kritikpunkte zum geplanten Gesetz vor: Die Notwendigkeit der Trassen wird per Gesetz festgeschrieben und kann somit gerichtlich nicht mehr geprüft werden. Das geplante Gesetz enthält eine „Kann - Regelung“ zum Einsatz von Erdkabeln. Die Ausführung der Leitung als Erdkabel wird hiermit, abweichend von der bestehenden niedersächsischen Regelung, ins Belieben des Netzbetreibers gestellt. In der Gesetzesvorlage fehlt die Vorgabe für die Erdverkabelung in Landschaftsschutzgebieten. Der Rechtsweg wird auf eine Instanz verkürzt.

„In sämtlichen Kritikpunkten herrscht Einigkeit unter den verschiedenen Interessengemeinschaften.. Gemeinsamer Tenor war auch, dass mit dem EnLAG weniger erreicht wird als mit dem niedersächsischen Erdkabelgesetz, was ohnehin nicht ausreichend ist, da nur in Teilabschnitten die geplante 380kV-Leitung unter die Erde verlegt wird“, berichtet Hiltraud Lindemann. In der Diskussionsrunde konnte nicht eindeutig geklärt werden, ob Bundesrecht das Landesrecht breche.

Nicht mehrheitsfähig

MdB Holger Ortel, der die Diskussionsrunde moderierte, und auch Edelgard Bulmahn wiesen immer wieder darauf hin, dass in der derzeitigen Koalition nicht mehr zu erreichen sei und die vorgebrachten Kritikpunkte und Änderungsvorschläge nicht mehrheitsfähig seien. Damit gaben sich die Vertreter der IGs aber nicht zufrieden und machten deutlich, dass man den Klageweg beschreiten würde und auch den Weg nach Karlsruhe nicht scheue.

„Mit dem EnLAG werden die Bürgerrechte beschnitten und ein Stück Demokratie geht damit verloren“, waren sich die IG-Vertreter einig. Ihr Fazit vom Berlin-Besuch: „Wir konnten unsere Kritikpunkte und zwingend notwendige Änderungsvorschläge zwar vorbringen, hatten aber nicht den Eindruck, auf fruchtbaren Boden gestoßen zu sein, da nach unserer Ansicht der

Wortlaut des EnLAG zwischen den Koalitionspartner bereits abgestimmt und damit vollständig ausgehandelt ist.“

Januar 2009